

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.10.2017 Drucksache 17/18464

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

## Autobahn-ÖPP endgültig stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) beim Autobahnneu- und -ausbau sowie dem Autobahnunterhalt künftig ausgeschlossen sind.

## Begründung:

Der Skandal um das ÖPP-Projekt A 1-Ausbau zwischen Hamburg und Bremen zeigt deutlich, dass ÖPP dem Steuerzahler am Ende teuer zu stehen kommen. Auch in Bayern wurde unlängst über Kostensteigerungen bei ÖPP-Projekten berichtet: Der A 94-Bau zwischen Pastetten und Heldenstein soll nun 770 Mio. Euro kosten, 330 Mio. Euro teurer als geplant. Und die Betreiber der A 8 zwischen Augsburg und Ulm sollen eine Nachforderung von 35 Mio. Euro gestellt haben.

Die Probleme, insbesondere beim A 1-Ausbau, wurden jahrelang vertuscht, ähnliche Kostensteigerungen sind demnach auch bei anderen Projekten zu erwarten. Deshalb ist umgehend die Notbremse zu ziehen. Alle sich in Planung und Umsetzung befindlichen ÖPP-Projekte sind, soweit möglich, sofort zu stoppen, neue Projekte dürfen nicht mehr geplant werden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuwirken, dass auch die Umsetzung der von der alten Bundesregierung beschlossenen Infrastrukturgesellschaft des Bundes gestoppt wird, da diese ÖPP und die schleichende Privatisierung der Autobahnen und Bundesstraßen befördert.